

AfD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin - 10117 Berlin

An die Vorsitzende
des Hauptausschusses
Frau Franziska Becker

Dr. Kristin Brinker, MdA
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Telefon 030-2325-2661
AGH Raum 521

über
den Plenar- und Ausschussdienst
Frau Frisch

Vorab per Fax: 1348

Vorab per Email:

margot.frisch@parlament-berlin.de

Berlin, 05. März 2019

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der Fraktion der AfD melde ich gemäß § 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses i. V. m. Punkt 12 der Verfahrensregeln des Hauptausschusses der 18. Wahlperiode folgenden Besprechungspunkt zur Behandlung an und bitte, diese in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses auf die Tagesordnung zu nehmen:

1. Welche Kosten erwartet Berlin durch den Ankauf von Wohnungen durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften?

a) Was würde „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ Berlin kosten?

b) Was besagen die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen des Ankaufs des „Kosmos-Viertels“ und von „Wohnungen in der Karl-Marx-Allee“?

Der Presse ist zu entnehmen, dass der Senat den Ankauf von Wohnungen in der Karl-Marx-Allee durch die GEWOBA¹ und den Ankauf von Wohnungen im Kosmosviertel durch die Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND verkündet hat.²

¹ RBB, 30.12.18, Rekommunalisierung in der Karl-Marx-Allee Gewobag stimmt "gestrecktem Erwerb" zu; <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2018/12/karl-marx-allee-rekommunalisierung-gewobag-aufsichtsrat.html>

² FAZ, 10.02.19, Berlin, die Hauptstadt des Sozialismus; <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/enteignungen-volksbegehren-in-berlin-startet-im-april-16032943.html>

Tagesspiegel, 18.02.19, Rechnungshof will Ankäufe von Wohnungen prüfen; <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/enteignungen-volksbegehren-in-berlin-startet-im-april-16032943.html>

Tagesspiegel, 11.01.19, Jahresauftakt-Presskonferenz Michael Müller will Ankauf von Wohnungen fortsetzen;

Außerdem gibt es laut Presseberichten ein internes Papier über die potenziellen Kosten der Umsetzung der Forderungen der Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“:

„Das geplante Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ könnte für Berlin teuer werden. Nach einer internen „amtlichen Kostenschätzung“ müsste das Land für Entschädigungszahlungen zwischen 28,8 und 36 Milliarden Euro aufkommen. Hinzu kämen außerdem Neben-, Bewirtschaftungs- und Finanzierungskosten in einstelliger Milliardenhöhe. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bestätigte der Berliner Morgenpost die Existenz des Papiers.“³

Es wird um a) die Vorlage dieses Papiers („amtlichen Kostenschätzung“), dessen Existenz die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung laut Presse bestätigt hat, b) die Anwesenheit des Finanzsenators Herrn *Dr. Kollatz* und der Senatorin für Stadtentwicklung Frau *Lompscher*, c) die Vorlage der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen des Ankaufs des „Kosmos-Viertels“ und von „Wohnungen in der Karl-Marx-Allee“ durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften, und d) die Anwesenheit der Vertreter der betroffenen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gebeten.

Begründung:

Es ist für die Steuerung und Kontrolle der Öffentlichen Finanzwirtschaft Berlins wichtig zu wissen, welche finanziellen Größenordnungen mit den beschlossenen und angedachten Wohnungskäufen verbunden sind und ob sich der Senat dabei an den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit hält und welche Methodiken und Annahmen er entsprechend bei seinen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen heranzieht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kristin Brinker, MdB

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

AfD Fraktion

³ Berliner Morgenpost, 05.03.19, Volksbegehren - Enteignungen kosten Berlin bis zu 36 Milliarden Euro; <https://www.morgenpost.de/berlin/article216589575/Enteignungen-kosten-Berlin-bis-zu-36-Milliarden-Euro.html>